

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
HAUPT- UND
FINANZAUSSCHUSSES**

| |
|---|
| Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 13. HuFA 2004-2009 Sitzungsdatum: 13.06.2006 Niederschrift |
|---|

Übach-Palenberg, den 13.06.2006

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Haupt- und Finanzausschuss

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bericht über die Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung des Haupt- u. Finanzausschusses vom 06.12.05
3. Konkretisierung des Brandschutzbedarfsplanes
4. Novellierung des Schulgesetzes, hier: Lernmittelfreiheit
5. Umgestaltung der Gem.-Grundschule Frelenberg zur offenen Ganztagsgrundschule
6. Schloss Zweibrücken, hier: Änderung der Entgeltordnung
7. Bebauungsplan Nr. 96 Breiller Gracht-Nord
hier: Straßenbenennung
8. Stellenausschreibung
9. Erweiterungen zur Tagesordnung
10. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Anfrage

B) Nichtöffentliche Sitzung

11. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung des Haupt- u. Finanzausschusses vom 06.12.05

- 12. Personalangelegenheiten
 - 12.1. Einstellung einer Verwaltungsangestellten für die ARGE im Kreis Heinsberg
 - 12.2. Vollbeschäftigung einer Verwaltungsangestellten
 - 12.3. Höhergruppierung einer Verwaltungsangestellten
 - 12.4. Höhergruppierung eines Verwaltungsangestellten
 - 12.5. Höhergruppierung eines Verwaltungsangestellten
 - 12.6. Ernennung einer Beamtin zur Stadtsekretärin z. A. unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe
 - 12.7. Ernennung einer Stadtobersekretärin zur Stadthauptsekretärin
- 13. Grundstücksangelegenheiten
 - 13.1. Veräußerung der Landwirtschaftsfläche Flur 40, Nr. 283
 - 13.2. Veräußerung eines Gewerbegrundstückes
- 14. Vertragsangelegenheiten
 - 14.1. Mittelbare Beteiligung der Stadt über die WestEnergie und Verkehr GmbH & Co. KG (west) an:
 - 1a) der Biogasanlage Wassenberg VerwaltungsGmbH
 - 1b) der Biogasanlage Wassenberg GmbH & Co. KG
 - 2a) der Biogasanlage Haaren VerwaltungsGmbH
 - 2b) der Biogasanlage Haaren GmbH & Co. KG
- 15. Vergabeangelegenheiten
 - 15.1. Vergabe zur Beschaffung von EDV-Geräten für die Stadtverwaltung
- 16. Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Übach-Palenberg durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen
- 17. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 18. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

| | | |
|-----------------------|-----|--|
| Herr Bernhard Brade | CDU | als pers. Vertreter für Herrn Gerhard Gudduschat |
| Herr Herbert Fibus | SPD | als Vertreter für Herrn Josef Krawanja |
| Herr Josef Fröschchen | CDU | als pers. Vertreter für Herrn Herbert Konrads |

| | | |
|--------------------------|------------|------------------------|
| Herr Peter Fröschen | CDU | |
| Frau Karin Fürkötter | SPD | |
| Herr Paul Josef Gerschel | SPD | |
| Herr Leo Meertens | UWG | |
| Frau Eva Maria Piez | SPD | |
| Herr Rainer Reißmayer | B'90/Grüne | |
| Herr Wolfgang Schneider | SPD | |
| Frau Erika Tanzer | SPD | (ab TOP 10, 17:28 Uhr) |
| Herr Günter Weinen | CDU | |
| Frau Corinna Weinhold | UWG | |
| Herr Heiner Weißborn | SPD | |

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Manfred J. Offermanns FDP

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker Schlüter
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gatzen
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen

Schriftführer

Herr Stadtamtmann Thomas Schröder

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten sowie den Vertreter der Presse.

Bürgermeister Schmitz-Kröll wies darauf hin, dass den Stadtverordneten vor den jeweiligen Fraktionssitzungen gestern Abend noch Ergänzungen zu den Punkten 8 Stellenausschreibung und 15.1 Vergabe zur Beschaffung von EDV-Geräten für die Stadtverwaltung zugestellt worden seien.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten zu wollen.

A) Öffentliche Sitzung

1 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 9.5.2006 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 **Bericht über die Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung des Haupt- u. Finanzausschusses vom 06.12.05**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Übach-Palenberg vom 6.12.2005 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 **Konkretisierung des Brandschutzbedarfsplanes**

Bürgermeister Schmitz-Kröll betonte, dass der vom Rat am 5.7.2005 beschlossene Brandschutzbedarfsplan gemäß einer Forderung der Bezirksregierung in einigen Punkten konkretisiert werden müsse. Insbesondere müsse der Prozentsatz festgelegt werden, zu dem die im Brandschutzbedarfsplan festgelegten Schutzziele erreicht werden müssen. Dies sei die Grundlage, um auch weiterhin den Brandschutz durch ehrenamtliche Kräfte ermöglichen zu können. Grundsätzlich seien nämlich mittlere kreisangehörige Städte verpflichtet eine ständig besetzte Feuerwache mit hauptamtlichen Kräften zu unterhalten.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Weinen erläuterte **Bürgermeister Schmitz-Kröll**, dass die notwendige Ausnahmegenehmigung noch ausstehe und hierfür ein unangemeldeter Test bezüglich der Schutzziele erfolgen müsse. Nach Konkretisierung des Brandschutzbedarfsplanes werde damit allerdings in den nächsten Monaten gerechnet werden können.

Beschlussempfehlung:

Der Brandschutzbedarfsplan wird wie folgt geändert:

5.3 Die vorgenannten Schutzziele (5.1 und 5.2) sind zu einem Erreichungsgrad von 80 % zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4 **Novellierung des Schulgesetzes, hier: Lernmittelfreiheit**

Bürgermeister Schmitz-Kröll betonte, dass der Schulausschuss in seiner letzten Sitzung diese Thematik behandelt hatte, allerdings noch keinen endgültigen Beschluss fassen wollte.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass sich die SPD-Fraktion intensiv mit der Angelegenheit beschäftigt habe. Man bitte die Verwaltung bis zur kommenden Ratssitzung noch zwei Fragen zu klären.

1. Ist es möglich, die Lernmittelfreiheit auch befristet (für ein Jahr) auszusprechen?
2. Ist es möglich, die Lernmittelfreiheit nur auf Eltern mit in Übach-Palenberg wohnhaften Kindern zu beschränken oder müssten ähnlich wie beim Schülertransport auch auswärtige Schüler hierbei berücksichtigt werden?

Man wolle deshalb zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Beschlussempfehlung abgeben, sondern die endgültige Beratung und Beschlussfassung dem Rat in seiner kommenden Sitzung überlassen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll sagte zu, die Angaben als Anlage zu diesem Protokoll den Stadtverordneten zukommen zu lassen.

Stadtverordneter **Weißborn** bat darum, die vom Leiter des Schulamtes, Herrn Mainz vorgelesenen Anmerkungen des Landkreistages ebenfalls diesem Protokoll beizufügen.

Beschluss:

Die abschließende Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wird in der kommenden Sitzung des Rates vorgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5 **Umgestaltung der Gem.-Grundschule Frelenberg zur offenen Ganztagsgrundschule**

Beschlussempfehlung:

Die GGS Frelenberg wird ab dem Schuljahr 2006/2007 zu einer Offenen Ganztagsgrundschule umgestaltet. Hierbei soll es sich um eine auf Dauer angelegte Maßnahme handeln. Der GGS Frelenberg wird die Organisation und der Betrieb der Ganztagsgrundschule übertragen.

Die Umwandlung erfolgt unter Beachtung der geltenden Erlasse und insbesondere unter Beachtung folgender Maßgaben:

- **Die Möglichkeit des Zugangs zur Offenen Ganztagsgrundschule in Frelenberg erfolgt ausschließlich für Kinder, die im Einzugsbereich der GGS**

Frelenberg wohnen (über Ausnahmen entscheidet die Schulleitung nach Beratung mit dem Schulträger),

- **die Stadt übernimmt eine Garantieverpflichtung für evtl. Finanzierungslücken bis zur Höhe von 5.000,00 EUR jährlich, da seitens der Schule auf den Einsatz städt. Eigenmittel für die Ausgestaltung außerunterrichtlicher Angebote (nach Erlass 410,00 EUR/Schüler/Jahr) zu verzichten ist,**
- **die Stadt schafft einen weiteren für die Betreuung geeigneten Raum (Küche) durch Um- oder Anbau. Ein entsprechender Investitionskostenzuschuss wurde bereits bei der Bezirksregierung beantragt.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6 Schloss Zweibrücken, hier: Änderung der Entgeltordnung

Stadtverordneter **Meertens** schlug vor, dass die angedachte Gebührenerhöhung direkt dem Schloss zugute kommen solle. Bei dortigen Besuchen habe er feststellen können, dass ein erheblicher Renovierungsbedarf vorhanden sei.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erläuterte, dass der Bedarf zur Renovierung an verschiedenen Stellen unbestritten sei. Er erklärte jedoch, dass die Mehreinnahmen durch die Gebührenerhöhung bei weitem nicht ausreichen, um die nötigen Kosten zu decken. So seien durch die Gebührenerhöhung wohl nicht mehr als 2.000 Euro zu erwarten. Die Ausgaben für den Renovierungsbedarf würden dagegen sicherlich im fünfstelligen Bereich liegen.

Sowohl von Stadtverordneten **Weißborn** als auch von Stadtverordneten **Weinen** wurde dafür plädiert, die Vereinnahmung der Mehreinnahmen zur Deckung des Verwaltungshaushaltes zu verwenden und die nötigen Kosten separat zu ermitteln und konkret zur Verfügung zu stellen.

Beschlussempfehlung:

§ 3 Nr. 2 der Entgeltordnung von Schloss Zweibrücken wird wie folgt geändert:

- **Für die Nutzung des Barockzimmers für einen Umtrunk nach der standesamtlichen Trauung für eine Stunde wird ein Entgelt in Höhe von € 100,00 erhoben. Außerhalb der regulären Dienstzeiten der Stadtverwaltung beträgt das Entgelt €120,00.**

Diese Änderung der Entgeltordnung tritt mit dem Tage nach der Beschlussfassung durch den Rat in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7 **Bebauungsplan Nr. 96 Breiller Gracht-Nord**

hier: Straßenbenennung

Stadtverordneter **Weißborn** schlug vor, dass die Straße anstelle von „Lange Heck“ besser mit „Lange Hecke“ benannt werden solle. Auch wenn mit der plattdeutschen Fassung die damalige Flurbezeichnung aufgegriffen werden sollte, so sei aus Verständlichkeitsgründen eine hochdeutsche Alternative vorzuziehen.

Beschluss:

Die Erschließungsstraße im Bebauungsplan Nr. 96 Breiller Gracht-Nord erhält den Namen „Lange Hecke“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8 **Stellenausschreibung**

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, dass der von der Verwaltung vorgelegte Entwurf der Stellenausschreibung in dieser Form Sinn mache. Er entspreche auch dem, was vorher hierzu vereinbart worden sei.

Auch Stadtverordneter **Weißborn** erklärte sich mit dem Text einverstanden, stellte jedoch die Frage, wo und inwieweit die Ausschreibung vollzogen werde. Insbesondere habe man sich die Frage gestellt, ob die Ausschreibung nicht überregional veröffentlicht werden sollte.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** erklärte, dass vorgesehen sei, die Anzeige in der vollständigen Ausgabe der Aachener Zeitung und somit regional, im Amtsblatt als auch im Internet zu veröffentlichen. Vor dem Hintergrund, dass die Fachhochschule für Sozialwesen in Aachen ansässig sei, glaube er an einen durchaus breiten Bewerberkreis. Auch die Stelle für die Besetzung des Badewärters habe man überregional ausgeschrieben und gute Ergebnisse bei den eingehenden Bewerbungen erhalten. Die Kosten für die Veröffentlichung in der Aachener Zeitung betragen rund 1.800 Euro, eine Veröffentlichung in einer darüber hinaus gehenden Tageszeitung werde sicherlich ein Vielfaches von dem betragen.

Stadtverordnete **Weinhold** erkundigte sich danach, ob bei den hohen Anforderungen, die mit dieser Stelle eingefordert werden, es Sinn mache die Aufforderung an Schwerbehinderte zu Bewerbung auf diese Stelle im Ausschreibungstext mit aufzunehmen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass man dieses innerhalb der Verwaltung auch angesprochen habe. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben, sei es jedoch notwendig, insbesondere Frauen und Schwerbehinderte zur Aufforderung einer Bewerbung anzusprechen.

Stadtverordneter **Rißmayer** zeigte sich verwundert über die Frage der Stadtverordneten Weinhold. Aus seiner beruflichen Erfahrung könne bestätigen, dass es durchaus Schwerbehinderte gebe, die mit einer über 70-%-igen Behinderung - beispielsweise aufgrund einer Diabetes - durchaus in der Lage seien, ein anspruchsvolles Tätigkeitsprofil abzudecken.

Auch Stadtverordneter **Offermanns** bestätigte, dass es keine Alternative zur ausdrücklichen Aufforderung an Schwerbehinderte im Ausschreibungstext gebe.

Beschlussempfehlung:

Die als Anlage beigefügte Stellenausschreibung ist baldmöglichst zu veröffentlichen (die Anlage ist Bestandteil der Einladung zu dieser Sitzung und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9 Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

10 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters ergaben sich nicht.

Anfrage

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass sowohl die Fraktionen als auch der Bürgermeister einen offenen Brief der Frühschwimmer erhalten haben, in dem sich diese über die Anhebung der Eintrittspreise für Badegäste des Ü-Bades beschwerten. Die von den Antragstellern vorgebrachten Argumente könne sie teilweise nachvollziehen, da zusätzlich zu der Anhebung der Eintrittspreise auch noch eine Erhöhung des Grades der notwendigen Behinderung erfolgt sei. Somit sei gerade diese Gruppe doppelt betroffen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass es durchaus möglich sei, diese Angelegenheit neu zu diskutieren. Im Rahmen einer Anfrage sei dies jedoch nicht sinnvoll. Er schlug deshalb vor, dies in einem separaten Tagesordnungspunkt einer späteren Sitzung zu tun.

Er erinnerte daran, dass seinerzeit ein einstimmiger Beschluss zur Gestaltung der Eintrittspreise gefasst worden sei. Es sei nicht sinnvoll, hier auf Zuruf einzelne Entscheidungen zu ändern. Er schlage vor, auf jeden Fall die Sommerferien abzuwarten, um entsprechende Erfahrungswerte zu sammeln.

Beigeordneter **Schlüter** erinnerte daran, dass der im offenen Brief der Frühschwimmer bemängelte Aspekt der noch nicht renovierten Sauna nicht ursächlich für die Anpassung der Eintrittspreise gewesen sei. Vielmehr die Tatsache, dass man mit der Sauna nunmehr auch das Schwimmbad nutzen könne, berechtige zu dieser neuen Preisgestaltung.

Stadtverordneter **Weißborn** stellte klar, dass es natürlicherweise gerade in der Anfangszeit hier und dort zu kleineren Problemen kommen könne. Er bitte die Verwaltung nach den Sommerferien in einem Erfahrungsbericht kurz alle Punkte aufzulisten, die bemängelt worden seien. So könne hierüber dann besser diskutiert werden.

Stadtverordneter **Weinen** erinnerte daran, dass zum Beschluss der Eintrittspreise auch gesagt worden sei, dass diese für ein Jahr gelten, um einen größeren Zeitraum und entsprechende Erfahrungswerte sammeln zu können. Er empfehle diesen Beschluss auch so umzusetzen und entsprechende Maßnahmen nicht vorzeitig zu ergreifen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll sagte zu, den Erfahrungsbericht im Spätsommer/Herbst durch die Verwaltung vorlegen zu lassen, nachdem einige Monate an Erfahrungen hätten gesammelt werden können. Er spreche sich auch dafür aus, eine entsprechende Gebührenanpassung erst nach einem Jahr vorzunehmen, wie dies auch seinerzeit so beschlossen worden sei.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass es nicht nur Kritik sondern auch vielfach Lob und positive Berichte über das Ü-Bad zu vermelden gebe. Er erinnerte an den Bericht der Schwimmbadleiterin aus der letzten Schul-, Sport- und Kulturausschusssitzung.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss um 18.10 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 18.43 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Schröder
Schriftführer